

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/4
7. März 1972

Die Unionsparteien lernen es nie

Ein Hasardspiel soll nun beginnen
Von Fritz Sänger
Seite 1 und 2 / 86 Zeilen

Appell an den Bürger

Städte müssen lebenswert und funktionsfähig
bleiben

Von Hans Koschnick
Bürgermeister von Bremen und Präsident des
Deutschen Städtetages

Seite 3 und 4 / 75 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
----- Eingliederung"

Hupkas Fall

und die heimatvertriebenen Sozialdemokraten

Von Herbert Wehner

Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und
stellv. Vorsitzender der SPD

Chefredakteur: Dr. E. Eckart
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 32 - 39
Telefax: 886 846 / 886 847/
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Die Unionsparteien lernen es nie

Ein Hasardspiel soll nun beginnen

Von Fritz Sänger

Ohne Rücksicht auf die Wirklichkeit, in der wir leben, ohne Blick auf die politischen Möglichkeiten, die der Bundesrepublik Deutschland gegeben sind, will die CDU ihre Politik von neuem durchsetzen, die Illusionierung der deutschen Öffentlichkeit. Wenn selbst ein Mann, der einst als Außenminister die "Politik der Vernunft" in Reden und Schriften vertreten hat, Gerhard Schröder, sich dazu drängen läst, auszusprechen, daß er glaube, eine von der CDU geführte Bundesregierung könne mit der Sowjetunion erneut verhandeln, "um zu sehen, ob die deutschen Interessen nicht besser erfüllt werden könnten als in den vorliegenden Verträgen", so ist jeder schärfste Widerstand gegen eine solche Politik der Unvernunft geboten und unausweichlich.

Auf Gewalt soll verzichtet werden - von allen Beteiligten, deutschen und ausländischen in West und Ost. Aber auch nach dem Zweiten Weltkrieg gab es Sieger und Besiegte, und der Krieg hatte Ursachen und Wirkungen und die werden weder im Osten noch im Westen gänzlich übersehen. Niemand sollte sich da etwas vor-machen.

Was die CDU und CSU jetzt betreiben, um die Ratifizierung der Ostverträge unmöglich zu machen oder "liegen zu lassen", zu verzögern, zu entwerten und ihre Vorteile, z.B. für die Berliner, zu stören oder gar zu zerstören, das ist der Versuch der Wiederholung jener Politik der Illusionen über die deutsche Situation, die seit Kriegsende, in zwei Jahrzehnten verantwortlich von CDU-geführten Regierungen betrieben, nicht einmal den Weg gefunden hat, der zu einer deutschen Wiedervereinigung führen könnte. Am Ende der Möglichkeiten der CDU-Politik hat derselbe Gerhard Schröder im Deutschen Bundestag von dem Sturm gesprochen, der noch durch das deutsche Haus wehen werde, wenn es nämlich zur Bilanzierung des Krieges und der Nachkriegspolitik kommen werde.

Mindestens seit seinen Gesprächen in Washington im September 1963 weiß Schröder, daß selbst die Freunde im NATO-Pakt nicht willens sind, eine Politik der Phrasen und unrealen Planungen und Zusagen fortzusetzen, mit denen die Regierungen der Bundesrepublik unter Adenauer und Erhard die Entspannungsbemuhungen zwischen West und Ost immer wieder versanden ließen. Wieviele vertrauliche und öffentliche Anregungen und Aufforderungen haben die Regierungen von Washington, London und Paris, wieviele Hoffnungen und Wünsche haben die in Rom, Brüssel und Den Haag und wie viele gut gemeinte Ratschläge haben die in Stockholm, Kopenhagen und Oslo in allen vergangenen Jahren bekundet, um die Bonner

Regierung endlich zu einer klaren, eindeutigen Politik des guten Willens und der sichtbaren Tat zu bewegen.

Zaghaft und halben Herzens und deshalb ohne greifbaren Erfolg hat Schröder selbst eine solche Politik einmal praktisch anzudeuten versucht. Aber erst die Große Koalition erlaubte einem sozialdemokratischen Außenminister ein sicheres Konzept und erst die sozialliberale Koalition hat schließlich in zäher und mühevoller Kleinarbeit erfolgreich Verhandlungen geführt, die den Weg zum noch fernen aber unveräußerlichen Ziel ebneten. Das Ergebnis dieser politischen Arbeit fand die Zustimmung aller Freunde der Bundesrepublik und ihrer bisherigen Gegner. Das wollen die führenden Männer und Frauen der CDU und der CSU nicht wahrhaben. Sie stehen abseits und wollen eine erneute und dann gewiß verhängnisvolle Isolierung der Bundesrepublik dem politischen Fortschritt vorziehen, den die Ostverträge nur ermöglichen, wenn eine kluge, nicht überhebliche, nicht deutschnational rückfällige Politik sie behutsam in die Wirklichkeit überführt.

Wenn die Sowjetunion, auch wenn andere Staaten ihre Auffassungen zur Sache offen erörtern, reden die unausweichlich konservativen Politiker in unserem Lande davon, es mische sich jemand in die inneren deutschen Angelegenheiten ein. Es stört die Verneblungspolitik der CDU, wenn die öffentliche Meinung in Deutschland den Standort der anderen Seite, der Vertragspartner, kennenlernt. Die CDU läßt ihre Redner sagen, sie lasse "nicht mit sich umspringen". Das haben wir schon einmal gehört. Gerhard Schröder muß sich daran noch erinnern können. Andere waren zu jung. Sie könnten es aus Büchern erfahren - und dann auch lesen, was daraus später geworden ist, aus den Angebern und aus der deutschen Volke, das solche Großmäuligkeit buchstäblich mit Leib und Gut bezahlen mußte.

Will sich dieses deutsche Volk noch einmal täuschen lassen? Will es noch einmal erlauben, daß mit seinem Schicksal und dem seiner Kinder Hasard gespielt wird? Nein, die Schröder und andere, die so reden und schreiben, wollen keinen Krieg. Sie haben nur nicht aus der Geschichte gelernt oder wollen nicht lernen. Sie haben nur ihre eigene kleine, enge Welt und ihre Interessen im Auge und sehen nicht, daß die Völker nicht mehr ohne den Ausgleich der Interessen leben können. Weil sie das nicht sehen oder nicht in ihre politischen Konzepte eintscheidend einordnen wollen (oder können), werden sie von den Folgen ihres Hasardspiels überrascht werden. Diesen Politikern kann und darf die Führung der Nation deshalb niemals mehr überlassen werden.

(-/ex/7.3.1972/ks)

+ + +

Appell an den Bürger

Städte müssen lebenswert und funktionsfähig bleiben

Von Hans Koschnick

Bürgermeister von Bremen und Präsident des Deutschen Städtetages

Viele Gemeinden und Städte stehen heute vor der fast unlös-
baren Aufgabe, ihren Verpflichtungen gegenüber den Bürgern nachzu-
kommen. Zwar haben, wie ich bereits anlässlich der Jahresanfangs-
Pressekonferenz des Deutschen Städtetages am 10. Januar 1972 in
Bonn erklärt habe, die Bundesregierung und der Bundestag durch
die Verabschiedung der Gemeindefinanzreform die von uns dankbar
begrüßten Versuche unternommen, die finanzielle Ausstattung der
Gemeinden entscheidend zu verbessern. Durch die kommunale Finanz-
reform sind den Gemeinden im Jahre 1970 Mehreinnahmen in Höhe von
rund 2,4 Milliarden DM und im Jahre 1971 in Höhe von 3,3 Milliarden
DM zugeflossen. Leider sind diese Mehreinnahmen weitgehend aufge-
zehrt worden durch die Steigerungsraten bei Kosten und Preisen,
insbesondere auf dem Bau- und dem Personalsektor. Der Anstieg der
Personalkosten ist im wesentlichen zurückzuführen auf die ge-
stiegenen und weiter steigenden Anforderungen der Bürger an öffent-
liche Dienstleistungen.

Aber nicht nur die Gemeinden befinden sich in einem finanziel-
len Engpaß, sondern ebenso der Bund und die Länder. Die in Bonn
erhobenen Forderungen des Deutschen Städtetages richten sich daher
auch nur vordergründig an die Adresse des Bundes; sie sind in
erster Linie zu verstehen als ein Appell an die Adresse des Bürgers.
Der Bürger ist von uns aufgefordert worden, sich zu entscheiden,
ob er bereit ist, auf einen Teil der weiteren Steigerung des
privaten Konsums zugunsten gesellschaftspolitisch notwendiger
Reformen - im Bildungswesen, im Krankenhauswesen, im Verkehrs-
wesen usw. - zu verzichten oder seine Forderungen gegenüber der
Gemeinschaft einzuschränken. In vielen Fällen hat sich bereits
in der Vergangenheit erwiesen, daß der Bürger durchaus bereit ist,

höhere finanzielle Belastungen in Kauf zu nehmen, wenn ihm deren Notwendigkeit überzeugend nachgewiesen wird. Der Bürger weiß sehr wohl, daß seine Forderungen an die Gesellschaft auf mehr Kindergärten, auf mehr Schulräume und mehr Lehrer, auf mehr zeitgerechte Krankenhausbetten, auf bessere Verkehrswege - um nur einige Beispiele zu nennen - nur dann erfüllt werden können, wenn die öffentlichen Hände für die Erfüllung dieser Aufgaben finanziell entsprechend ausgestattet sind. Privater Wohlstand wird auf die Dauer nutzlos, wenn wegen der öffentlichen Armut die nur gemeinschaftlich zu lösenden kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben nicht mehr erfüllt werden können. Es geht hier um die Fragen der Daseinsvorsorge und der Zukunftssicherung für alle Bürger.

Daß der Deutsche Städtetag, der insgesamt 28 Millionen Bürger repräsentiert, bei diesen notwendigerweise zu erwartenden Diskussionen und Auseinandersetzungen nicht allein steht, hat sich bereits in den letzten Wochen erwiesen. Der Bundesrat hatte in der Frage der Verwendung der erhöhten Mineralölsteuer den Vermittlungsausschuß angerufen und ist damit den Wünschen des Deutschen Städtetages gefolgt. Die Ländervertretung erreichte, daß der den Gemeinden versprochene Anteil aus der Mineralölsteuererhöhung weitgehend gesichert wurde.

Ich bin überzeugt davon, daß sich niemand, weder der Bundestag noch die Bundesregierung, auf Dauer der Diskussion über die jetzt erhobenen Forderungen des Deutschen Städtetages entziehen will und kann. Diese Forderungen sind realistisch. Ihre Erfüllung dient nicht der Verwirklichung irgendwelcher utopischer Wunschträume, sie dient vielmehr der Behebung einer akuten Finanznot der öffentlichen Hände und soll insbesondere die Gemeinden in den Stand setzen, ihren Verpflichtungen gegenüber den Bürgern nachzukommen. Die hier aufgeworfenen und dargelegten Probleme dürfen und können nicht auf die lange Bank geschoben werden. Ein Verzicht auf die Durchführung notwendiger Reformvorhaben oder auf den weiteren Ausbau öffentlicher Dienstleistungen halte ich für sachlich und politisch unmöglich.

Es mag sein, daß die eine oder andere Gemeinde noch über einen eigenen finanziellen Spielraum verfügt. Sicherlich ist hier und dort die Grenze einer nicht mehr erträglichen Verschuldung noch nicht erreicht. Für die große Mehrzahl der Gemeinden jedoch ist eine weitere Verschuldung nicht mehr möglich und unter finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten auch nicht mehr vertretbar; ihre eigenen Einnahmequellen haben sie bereits bis zum Äußersten ausgeschöpft. Um ihrer Bürger willen bedürfen sie konkreter finanzieller Hilfen. Im Appell von München "Rettet unsere Städte jetzt!" hat der Deutsche Städtetag gesagt, daß die Zukunft des Menschen in den Städten liegt. Wer dies anerkennt, wird dafür sorgen müssen, daß unsere Städte lebenswert und funktionsfähig bleiben.

(-/ ex/7.3.1972/ks)